



Dr. Matthias Miersch

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der AG der SPD-Bundestagsfraktion
des Parl. Beirats für nachhaltige Entwicklung

[Dr. Matthias Miersch, MdB · 11011 Berlin](#)

Deutscher Bundestag

Paul-Löbe-Haus
11011 Berlin
Ansprechpartnerinnen:
Silke Klaproth, Elke Walker
Tel: (030) 227 – 71111
Fax: (030) 227 – 76099
Email: matthias.miersch@bundestag.de

Wahlkreis

Kurt-Schumacher-Haus
Odeonstr. 15/16
30159 Hannover
AnsprechpartnerIn:
Heidrun Hellemann, Markus Hugo
Tel: (05 11) 16 74 303
Fax: (05 11) 92 03 190
Email: matthias.miersch@wk.bundestag.de

www.matthias-miersch.de

Berlin, 08.03.2007

—
„Rente mit 67“

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

in dieser Woche stimmen wir im Deutschen Bundestag nicht nur über den Tornado-Einsatz ab, sondern auch über ein Zukunftsthema – die Rente. Der Beschluss über die Änderungen bei der Rente - in der Regel unter dem Begriff „Rente mit 67“ diskutiert – ist ebenfalls ein Thema, bei dem ich Sie direkt über mein Abstimmungsverhalten und meine Beweggründe informieren möchte (im Zusammenhang mit dem Tornado-Einsatz habe ich ein gesondertes Schreiben verfasst):

—
Ich werde dem Gesetz zustimmen.

Worum geht es genau?

Kern des Gesetzes ist die Erhöhung des Renteneinstiegsalters: Ab dem Jahr 2012 steigt das Eintrittsalter um einen Monat pro Jahr (2012 = 65 plus 1 Monat; 2013 = 65 plus 2 Monate...). Erst im Jahr 2029 wird dann das Eintrittsalter 67 Jahre betragen. Für heutige RentnerInnen ändert sich also gar nichts. Für Jahrgänge vor 1947 ebenfalls nicht.

Erst die Geburtsjahrgänge ab 1964 werden von der Regelung voll betroffen sein.

Ferner bleibt es dabei: wer 45 Jahre gearbeitet hat, kann weiterhin mit 65 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen.

Für mich bedeutet die Abstimmung über dieses Gesetz einen Einstieg in die Ehrlichkeit der Rentenpolitik und eine Akzeptanz der Realitäten. Viel zu lange wurde den Menschen vorgegaukelt: „Die Rente ist sicher“. Parallel bediente man sich in unverantwortlicher Weise aus der Rentenkasse. Wenn wir uns die Altersentwicklung der Bevölkerung anschauen und gleichzeitig die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt betrachten, sieht man, dass es so nicht weitergehen kann. In vielen persönlichen Gesprächen habe ich den Eindruck gewinnen können, dass die Menschen die Situation schon viel realistischer einschätzen, als die Politik das lange wahrhaben wollte. Allerdings verlangen sie – ich meine völlig zu recht – eine Lösung, die ihre Biografien auch angemessen berücksichtigt.

Deshalb ist meine Auffassung:

1. Die Heraufsetzung des Eintrittsalters ist zum jetzigen Zeitpunkt ein richtiger Schritt, damit die Menschen sich rechtzeitig auf die Veränderungen einstellen können. Ein weiteres Verschleiern der Realitäten, wäre eine unverantwortliche Politik – und zwar



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages

gerade auch für nachfolgende Generationen, denen etwas versprochen würde, dass sich - nach den derzeitigen Erkenntnissen - nicht realisieren ließe.

2. Sollten die Annahmen der meisten Sachverständigen nicht zutreffen, kann das Gesetz aufgrund der enthaltenen Revisionsklausel angepasst werden.
3. Die politische Diskussion über ein „gerechtes“ Modell beginnt erst jetzt und muss dazu führen, dass
 - a. vor allem Lösungen für die Berufsgruppen gefunden werden, die nicht bis 67 Jahren arbeiten können;
 - b. dass Lösungen für Menschen gefunden werden, die heute keine ausreichende Vorsorge treffen können, um ggfs. einen früheren Renteneinstieg zu ermöglichen;
4. Damit die unter Ziffer 3 definierten Ziele erreicht werden können, hat die SPD-Bundestagsfraktion eine Arbeitsgruppe gegründet, die sich ausführlich mit diesem Thema auseinandersetzen wird (Altersteilzeit etc.). Die Vergangenheit hat ja leider auch gezeigt, dass gerade große Konzerne mit Hilfe von Steuermitteln Menschen aus dem Arbeitsprozess gedrängt haben. Hier müssen tragfähige Konzepte entwickelt werden, die einen Missbrauch ausschließen.
5. Ich weiß nicht, ob es uns während der großen Koalition in dieser Wahlperiode gelingt, die Rente zukunftsfest zu machen. Hier würde ich mir z.B. auch wünschen, dass die Forderung von Gewerkschaften und SPD aufgegriffen wird, alle Einkommensarten in die Rentenversicherung einzubeziehen, damit sich nicht einige aus dem Solidarsystem verabschieden können. Ich habe allerdings Zweifel, ob uns das mit der CDU/CSU gelingt, so dass sich - wie bei der Gesundheitsversorgung – erneut bei der nächsten Bundestagswahl auch insoweit wieder die Systemfrage stellen wird.
6. Ich plane aktuell eine große Veranstaltung mit Gerd Andres, Parlamentarischer Staatssekretär und Heinz-Hermann Witte, Sachverständiger der Gewerkschaften, um direkt vor Ort diese Fragen zu diskutieren und eigene Impulse in die Arbeitsgruppe einspeisen zu können, obwohl ich – wie Sie wissen – nicht direkt in diesem Feld arbeite. Die Gespräche in den letzten Wochen zeigen mir aber, dass sich auch in meinem Wahlkreis viele Menschen Gedanken über diese Frage machen, so dass ich überzeugt bin, dass wir uns aktiv in die Diskussion einschalten sollten und können.

Es grüßt Sie Ihr

Dr. Matthias Miersch, MdB